Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 5mal gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 189 — Sonnabend, den 15. August 1931 — 26. Jahrgang

Besprechungen im Reichsrat

über die Finanzlage der Gemeinden — Weitere Drosselung der Ausgaben notwendig — Brüning berichtet

Berlin, 13. August. Um 11 Uhr mittags begann im Reichstagsgebäude die vertrauliche Sitzung der Vereinigten Reichsratsausschüsse, die einer Klärung der kommenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen dienen sollen. Der Kanzler leitete die Aussprache durch eine Rede ein, in der er eine ausführliche Darstellung der bisher vom Reichskabinett getroffenen Maßnahmen gab und in großen Umrissen die Notwendigkeit darlegte, um zu durchgreifenden Ersparnissen vor allem auch in der Wirtschaft der Länder und Gemeinden zu kommen. Vor allem handelt es sich für das Reichskabinett darum, die Auffassung der Länder- und Städtevertreter zu den Plänen zu hören, die für eine Umgestaltung der Ausgabenwirtschaft aufgestellt werden müssen. Als erster Ländervertreter ergriff nach dem Reichskanzler der bayerische Ministerpräsident Held das Wort, der sehr eingehend die Eigenstaatlichkeit der Länder auch unter den jetzigen angespannten Finanzverhältnissen verteidigte.

Berlin, 13. August. In der Sitzung der vereinigten Reichsratsausschüsse beteiligte sich an der Aussprache, die dem Bericht des Reichskanzlers folgte, auch der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Es wurde auf die große Notlage hingewiesen, in der sich viele deutsche Gemeinden befinden. Einzelheiten über den Plan einer Reform der Gemeindefinanzen wurden von der Reichsregierung nicht mitgeteilt, doch wurde erklärt, daß auf die Hauszinssteuer nicht verzichtet werden könne, da ein Ersatz dafür zurzeit nicht gegeben sei. Von den Vertretern der Reichsregierung und der Länder wurde betont, daß alleräußerste Sparsamkeit geübt werden müsse, zumal auf eine große Auslandsanleihe aus den schon früher angeführten Gründen nicht gerechnet werden könne. Die Sparsamkeitsmaßnahmen könnten auch an den Bezügen der Beamten und Angestellten nicht vorbeigehen, wobei freilich die Gehälter der unteren Beamten geschützt werden müßten. Die Bereitstellung von Reichsmitteln für die Sanierung von Großbanken sei notwendig gewesen, um Zusammenbrüche mit für die Allgemeinheit verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen zu verhüten. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. weiter erfährt, wohnten der Sitzung auch die preußischen Minister Severing und Dr. Höpker-Aschoff sowie außer dem Reichsfinanzminister der Reichsernährungsminister Schiele bei.

Berlin, 13. August. Gegenüber irrigen Meldungen ist festzustellen: In der heutigen Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrats handelte es sich um eine auf den Wunsch der Länder, die auch zum großen Teil durch ihre Ministerpräsidenten vertreten waren, veranstaltete Aussprache. Diese Aussprache betraf die von der Reichsregierung in den letzten Wochen getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und beschäftigte sich insbesondere auch mit der finanziellen Lage der Gemeinden.

Vertrauenskundgebung der Länder

Berlin, 14. August. Die finanzpolitischen Beratungen, die gestern in den vereinigten Ausschüssen des Reichsrats unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und im Vorstand des Deutschen Städtetages stattfanden, haben das Programm einer finanziellen Sanierung der Reichs-, Länder- und Gemeindehaushalte erheblich gefördert. Die Aussprache im Reichsrat hat, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, als politisch wichtigstes Moment die Feststellung allgemeinen Vertrauens der versammelten Länderminister in die Auffassungen und Pläne des Reichskanzlers und des Gesamtkabinetts ergeben. Die technische Durcharbeitung dieser Pläne soll nun in der Weise vor sich gehen, daß im Laufe des heutigen Tages eine Sachverständigenkommission ernannt werden wird, in die neben Vertretern der Reichsregierung auch einige Länderbeamte als Sachverständige entsendet werden dürften. Dieser Kommission werden die vorliegenden Vorschläge zur Durchprüfung übergeben werden. Man schätzt die Zeit, die zur Vorbereitung der neuen Maßnahmen erforderlich ist, auf etwa 14 Tage, so daß nach zweiwöchiger Sachverständigenarbeit neue Notverordnungen zur Durchführung des wirtschaftspolitischen Programms zu erwarten sind.

Die Durchführung der Devisenverordnung

Berlin, 13. August. Das Reichswirtschaftsministerium hat eine weitere Ergänzung der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung den Landesfinanzämtern zugeleitet. Die Richtlinien bringen eine Reihe technischer Erleichterungen für die Abwicklung des Bankverkehrs, die das Ergebnis eingehender Verhandlungen mit dem Spitzenverbande des Bankgewerbes sind. Insbesondere sind gewisse Geschäfte mit Devisen, die nach der Devisenverordnung genehmigungspflichtig sind, von der Genehmigung freigestellt worden, soweit sie von den von der Reichsbank anerkannten Devisenbanken durchgeführt werden. Ferner ist angeordnet worden, daß zur Bezahlung von Warenschulden im innerdeutschen Verkehr Devisen nur zugeteilt werden dürfen, wenn es sich um die Erfüllung einer vor dem Inkrafttreten der Devisenverordnung entstandenen Forderung handelt, oder wenn für Geschäfte der betreffenden Art die Zahlung in effektiver ausländischer Währung handelsüblich ist. Dadurch soll der neuerdings um sich greifenden, volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Fakturierung in effektiver ausländischer Währung entgegengetreten werden.

Schließlich wurde klargestellt, daß zur Errechnung der 3000 Mark, bis zu denen nach § 11 der Devisenverordnung eine Person während eines Kalendermonats Geschäfte, die nach der Devisenverordnung an sich genehmigungspflichtig wären, frei vornehmen kann, der Erwerb von Devisen und die Verfügung über anderweit erworbene Devisen sowie der Erwerb ausländischer Wertpapiere und die Verfügung über solche Papiere als ein einheitlicher Tatbestand gelten. Ebenso gilt die Einräumung von Markkrediten zugunsten eines Ausländers und die Abtretung von Markforderungen an einen Ausländer als ein einheitlicher Tatbestand.

Die Durchführung der Notverordnung in den kommunalen Betrieben

Berlin, 13. August. Der Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände gibt in einer Erklärung sein Bedauern über das Scheitern der Verhandlungen mit den Gewerkschaften zwecks Verständigung über die Notverordnung vom 5. Juni d. J. (Entlohnung der Gemeindearbeiter) zum Ausdruck. Den Arbeitgeberverbänden, in denen die Gemeinden organisiert sind, heißt es in der Erklärung, ist deshalb im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Finanzwirtschaft die Notwendigkeit aufgezwungen, die Angleichung der Löhne der Gemeindearbeiter an die der Reichsarbeiter gemäß der Notverordnung durch einseitige Maßnahmen sicherzustellen.

Auch der Gesamtverband der kommunalen Arbeitnehmer Deutschlands stellt in einer Erklärung das Scheitern der Verhandlungen über die Gemeindearbeiterlöhne fest und macht auf die ernsten Folgen aufmerksam, die ein Lohnkampf in den Gemeindebetrieben hervorrufen könnte.

Der Besuch Lavals in Berlin

Paris, 13. August. Ueber den Besuch des deutschen Botschafters beim Ministerpräsidenten Laval wird das folgende offizielle Communiqué ausgegeben: Ministerpräsident Laval hat heute vormittag den deutschen Botschafter von Hoesch empfangen. Botschafter von Hoesch hat im Namen der deutschen Regierung offiziell Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand eingeladen, sich nach Berlin zu begeben. Der Ministerpräsident hat Herrn v. Hoesch gedankt und diese Einladung für ein Datum, das angesichts der Abwesenheit Briands von Paris noch nicht festgesetzt werden kann, angenommen.

Zu diesem offiziellen Communiqué fügt die Agentur Havas hinzu: Wir glauben zu wissen, daß der Besuch des Ministerpräsidenten und des Außenministers in Berlin am 26. und 27. August ausgeführt werden wird. Herr Laval hat dem deutschen Botschafter mitgeteilt, daß er in der Lage sein werde, ihn hierüber endgültig morgen am späten Nachmittag zu unterrichten.

Der Reichspräsident in Dietramszell

Dietramszell, 13. August. Der Empfang des Reichspräsidenten von Hindenburg in Dietramszell gestaltete sich wieder besonders herzlich. Zur Begrüßung des Gastes hatten sich neben der Familie v. Schilcher die Vertreter des Bezirksamtes Wolfratshausen, der Gemeinden Schönegg und Dietramszell, der katholischen und der evangelischen Geistlichkeit eingefunden. Eine große Menschenmenge begrüßte den Reichspräsidenten mit brausenden Hochrufen. Nach der Begrüßung durch Frau von Schilcher erschien der Reichspräsident an einem Fenster des Schlosses und sprach zu der immer wieder in begeisterte Rufe ausbrechenden Menschenmenge: „Ich danke Ihnen von Herzen für den Empfang. In dieser schweren Zeit tut mir das besonders wohl."

Der Aufenthalt des Reichspräsidenten ist für etwas über drei Wochen vorgesehen.

Die Baseler Beratungen

Drei Etappen der Kreditaktion

Basel, 13. August. Der Studienausschuß für die Prüfung der Finanzlage in Deutschland setzte heute vormittag in dreieinhalbstündigen Beratungen seine Arbeiten fort. Die Verhandlungen, die noch ohne die Teilnahme der Mitglieder des Stillhaltekonsortiums vor sich gingen, werden in einer Nachmittagssitzung fortgeführt werden. Wenn auch offizielle Angaben über den Gang der Verhandlungen nicht gemacht wurden, kann doch gesagt werden, daß sich die drei Etappen, in denen Deutschlands Gesundung in kreditpolitischer Hinsicht herbeigeführt werden soll, immer deutlicher abzeichnen. In der ersten Etappe wird über die Verlängerung der kurzfristigen Kredite verhandelt (Stillhalteaktion). Die zweite Etappe wird die Behandlung der Frage neuer kurz- und mittelfristiger Kredite bringen, während die dritte Etappe, die noch in weiter Sicht ist, nach durchgeführter Konsolidierung die Gewährung einer großen langfristigen Anleihe betrifft.

Sanierungsprogramm der Städte

80 bis 100 Millionen Reichshilfe werden benötigt

Berlin, 13. August. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, gab heute in einer Pressebesprechung einen Ueberblick über das vom Deutschen Städtetag vorgeschlagene Sanierungsprogramm. Dr. Mulert führte dabei aus, daß sich die Wirtschaftskrise durch ein immer schnelleres Ansteigen der Fürsorgelasten und ein Absinken der Einnahmen ausgewirkt habe. Die Gemeinden hätten in immer stärkerem Maße Einsparungen vorgenommen. Diese Einsparungen hätten im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahr etwa 400 Millionen RM, im Jahre 1931 gegenüber 1930 weiterhin rund 450 Millionen RM gebracht. Gleichwohl sei im Jahre 1930 ein restlicher Fehlbetrag von 420 Millionen RM verblieben. Für das laufende Jahr müsse der Fehlbetrag auf 800 Millionen RM beziffert werden. Der Fehlbetrag sei allein auf den Mehraufwand für die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zurückzuführen.

Die Notwendigkeit, den Fehlbetrag unter allen Umständen zu beseitigen, sei umso zwingender, als für den Rest des Haushaltsjahres eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu befürchten sei. Es sei unmöglich, die Fehlbeträge auch nur für einige Monate mit kurzfristigen Krediten zu überbrücken. Ein Ausgabenabbau wäre aber nur dann erträglich, wenn er nach einem wohlüberlegten Plan erfolge, so daß die Lebensnotwendigkeiten des Volkes nicht gefährdet würden. Voraussetzung hierfür bleibe ein einheitliches und von gleichen Gesichtspunkten getragenes Vorgehen auch in Reich und Ländern. Was Schule und Bildung anbetreffe, müsse das Ziel in der Volksschule eine vorübergehende weitere Erhöhung der Frequenzen sein. Auch bei den übrigen Schularten seien entsprechende Maßnahmen notwendig. Auch in der Bauwirtschaft werde ein stärkerer Abbau folgen.

Die Ueberweisung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau im bisherigen Ausmaß könne nicht mehr verantwortet werden. Was das Wohlfahrtswesen anbetreffe, ließe sich die Sonderstellung einzelner Fürsorgegruppen nicht mehr aufrechterhalten; auch müßte alles Einkommen bei der Bemessung der Unterstützung berücksichtigt werden. Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens müsse versucht werden, schwere Schädigungen bei dem Abbau zu vermeiden. Trotzdem werde man nicht ohne entscheidende Eingriffe auskommen können. Auch auf allen sonstigen Gebieten des Kommunalwesens würden die Gemeinden mit dem gleichen Abbauwillen vorgehen.

Selbstverständlich müsse auch der allgemeine Verwaltungsaufwand möglichst verringert werden. Diese Maßnahmen müßten aber zugleich auf einer Verwaltungsreform basieren und könnten nur in Zusammenarbeit mit Reich und Ländern durchgeführt werden. Das finanzielle Ergebnis der vorgeschlagenen Abbaumaßnahmen errechne der Vorstand des Deutschen Städtetages für den Rest des Haushaltsjahres 1931/32 für